

6174/J XX.GP

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Khol, Schwarzenberger, Dr. Höchtel, Ingrid Tichy - Schreder und Kollegen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Genehmigung der Zinssenkung bei den österreichischen Bausparkassen

Bei den österreichischen Bausparkassen besteht Einigkeit darüber, daß sowohl die Darlehens - als auch Einlagenzinsen um 1,5 Prozentpunkte gesenkt werden sollen. Die Darlehenszinssätze würden damit von bisher 6 % auf 4,5 % sinken. Dadurch wären in Entsprechung zur allgemeinen Entwicklung am Kapitalmarkt beachtliche Einsparungen für die insgesamt rund 800.000 Darlehensnehmer erzielbar. Bei einem Darlehen von 1 Mio. Schilling auf 20 Jahre würde beispielsweise die Zinsbelastung im ersten Jahr von 60.000 auf 45.000 S sinken und damit eine monatliche Ersparnis von 1.250 S bringen. Über die gesamte Laufzeit würde die Zinsersparnis rund 168.000 S betragen. Des weiteren könnten Mittel im Ausmaß von rund 2,5 Mrd. Schilling jährlich freigesetzt werden, die für die Baukonjunktur und die Senkung der Wohnkosten genutzt werden könnten.

Die Zinssenkung ist aber auch für das Geschäft der Bausparkassen selbst sehr dringend geworden. Sollten die Zinsen nicht rechtzeitig gesenkt werden können, so wird sich dies auf den Ertrag der Bausparkassen auswirken. Alleine die S - Bausparkasse gibt an, daß im ersten Quartal 1999 das Neugeschäft bei den Ausleihungen um 3 Mrd. Schilling auf 4,9 Mrd. Schilling zurückgegangen ist. Die angestrebte Zinssenkung ist somit äußerst wichtig, um ein weiteres Abtriften in Schweizer - Franken - Kredite, das derzeit in der österreichischen Wohnbaufinanzierung beobachtet wird, zu verhindern.

Für diese Zinssenkung ist allerdings die Genehmigung des Bundesministers für Finanzen notwendig. Im Wirtschaftsblatt vom 29. April 1999 stellt der Generaldirektor der S - Bausparkasse, Josef Rapp jedoch fest, daß es bezüglich der Rücknahme der Zinsen bei Einlagen und Darlehen einigermaßen Konsens mit der Aufsichtsbehörde gebe. Daraus läßt sich schließen, daß noch keine endgültige Zusage des Finanzministeriums für die Zinssenkung bei den Bausparkassen vorliegt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

Anfrage:

1. Warum liegt noch keine vollständige Einigung der Aufsichtsbehörde mit den österreichischen Bausparkassen hinsichtlich einer Senkung der Darlehens - zinsen vor?
2. Welche Gründe sprechen Ihrer Meinung nach gegen eine sofortige Bewilligung dieser Zinssenkung?
3. Wann werden Sie spätestens die von den Bausparkassen angestrebte Zins - senkung als zuständige Aufsichtsbehörde genehmigen?
4. Wie beurteilen Sie die Gefahr einer weiteren Verlagerung zu Schweizer - Franken - Krediten im Bereich der Wohnbaufinanzierung, falls es zu keiner Absenkung der Zinssätze im Bausparbereich kommt?